

Einig in pädagogischer Verantwortung

Auf Einladung des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung des FDGB der Deutschen Demokratischen Republik fand vom 27. bis 31. Oktober 1985 in Oberhof, Bezirk Suhl, in der Deutschen Demokratischen Republik ein Treffen mit einer Delegation des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB der Bundesrepublik Deutschland statt. Dieses Treffen wurde auf Initiative der GEW nach mehrmaligen Gesprächen der beiden Gewerkschaften vereinbart. Im Mittelpunkt stand ein Informations- und Meinungsaustausch zur Verantwortung der Pädagogen und ihrer Gewerkschaften für die Erhaltung des Friedens und für die Erziehung der Jugend für Frieden, Abrüstung und zu internationaler Verständigung. Die Delegationsmitglieder der GEW hatten beim Besuch von Bildungseinrichtungen in den Bezirken Suhl und Erfurt die Möglichkeit, insbesondere bei Hospitationen im gesellschafts-wissen-

schaftlichen Unterricht und bei Gesprächen das Friedensengagement der Lehrer, Schüler und Studenten in der Schulpraxis der Deutschen Demokratischen Republik kennenzulernen.

Die beiden Gewerkschaften sehen in diesem Treffen einen wichtigen Beitrag zur beginnenden UNO-Abrüstungswoche und zum Weltfriedensjahr der UNO 1986.

Beide Gewerkschaften bekundeten ihr Interesse an einer Weiterführung und Vertiefung der Beziehungen. Eine Fortsetzung der Gespräche zu diesem Thema bei einem weiteren Treffen in der Bundesrepublik wurde für nützlich gehalten. Je ein Vertreter beider Vorstände wurde beauftragt, die diskutierten Vorschläge für die weitere gemeinsame Arbeit in Fragen der Friedenspolitik und Friedenserziehung zu konkretisieren.

Die Gespräche verliefen in einer offenen und sachlichen Atmosphäre. Einleitende Referate zur Friedenspolitik hielten die Vorsitzende der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung des FDGB, *Helga Labs*, und der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB, *Dieter Wunder*.



Systemübergreifendes Klassenfoto: Die beiden Lehrerdelegationen aus Deutschland-Ost und Deutschland-West in einer Sitzungspause.

Über Aktivitäten und Probleme der Friedenserziehung referierten *Karl-Heinz Günther*, Vize-Präsident der Akademie der pädagogischen Wissenschaften (APW) der Deutschen Demokratischen Republik, und *Jochen Schweitzer*, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der GEW.

Die Vertreter der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung legten dar, wie die Pädagogen der Deutschen Demokratischen Republik an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik teilnehmen, wie sie entsprechend ihrem gesellschaftlichen Auftrag die

Schüler im Geiste des Friedens und der Völkerverständigung bilden und erziehen.

Die Vertreter der GEW informierten über Positionen, Aktivitäten und Probleme der Friedens- und Abrüstungserziehung in der Bundesrepublik und über ihr Engagement in der Friedensbewegung. Dabei stellten sie ihr Bemühen, die Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik zu einem eigenständigen Urteil zu Fragen der Friedens- und Abrüstungspolitik und zu selbständigen politischen Handeln zu befähigen, in den Vordergrund.

Beide Seiten gingen auf die Empfehlungen und die Grundsätze der UNESCO zur Abrüstungserziehung ein und stellten die Probleme bei ihrer Umsetzung zur Diskussion.

Die Teilnehmer des Treffens unterstrichen die große Verantwortung, die die Pädagogen und ihre Gewerkschaften für die Erziehung der Jugend zu einem aktiven Engagement für Verständigung und Frieden, Entspannung und Abrüstung tragen. Dabei wurden die jeweiligen Bedingungen der Erziehungssysteme in beiden deutschen Staaten verdeutlicht und auch unterschiedliche Vorstellungen und Erfahrungen in der Friedens- und Abrüstungserziehung diskutiert.

Die Teilnehmer des Treffens waren sich einig in der Sorge um die Bedrohung der Menschheit durch Aufrüstung. Beide Seiten bekundeten, alles zu fördern, was der Rückkehr zum Entspannungsprozeß und der Vertrauensbildung zwischen den Menschen und Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen, insbesondere in Europa, dienlich ist.

Die Gewerkschaften waren sich einig in der Ablehnung jeder militärischen Nutzung des Welt- raums, sie verurteilten das SDI- Programm der USA.

Sie unterstützten alle Bemühungen, konkrete Schritte zur Abrüstung in Europa und in der Welt zu vereinbaren. Insbesondere fordern sie den Abbau von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa. Die beiden Delegationen erwarten, daß die Genfer Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA zum Gesamtkomplex der Nuklear- und Weltraumwaffen zu konkreten positiven Ergebnissen führen. Das würde auch dazu beitragen, die immens hohen Rüstungskosten zu senken. Diese Mittel könnten für notwendige ökonomische, sozialpolitische und auch bildungspolitische Aufgaben in aller Welt, insbesondere in den weniger entwickelten Ländern, zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang unterstützen beide Gewerkschaften

Initiativen zur Schaffung atom- und chemiewaffenfreier Zonen in Europa.

Beide Seiten hoben hervor, daß entsprechend dem Grundlagenvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik, den Verträgen von Moskau und Warschau sowie der Schlußakte von Helsinki die Respektierung der europäischen Nachkriegsgrenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden, die Vertrauensbildung in Europa und die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten darstellen.

Übereinstimmend erklärten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens von Oberhof, daß nach den beiden Weltkriegen alles getan werden muß, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf.

Vierzig Jahre nach der Befreiung vom Faschismus bekräftigten sie, daß sich beide deutsche Staaten aktiv für die Erhaltung, Sicherung und Förderung des Friedens einsetzen müssen.